

Arbeiten aus dem



OSTEUROPA-INSTITUT
MÜNCHEN

Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung

Working Papers

Nr. 249 Januar 2004

**EU-Erweiterung: Die wirtschaftliche
Beitrittsfähigkeit der Balkanländer**

Volkhart VINCENTZ und Michael KNOGLER

Gutachten im Auftrag des
Bundesministeriums der Finanzen



**OSTEUROPA-INSTITUT
MÜNCHEN**

Scheinerstr. 11
D-81679 München
Telefon: 089/99 83 96-0
Telefax: 089/98 10 110
E-Mail: oei@oei-muenchen.de
Internet: www.oei-muenchen.de

ISBN 3-921396-88-3

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	vii
Einleitung und Aufbau der Arbeit.....	1
1. Die Kopenhagener Kriterien der Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit	5
1.1. Aktuelle Wirtschaftsentwicklung und makroökonomische Stabilität.....	6
1.2. Preis- und Außenhandelsliberalisierung	14
1.3. Schranken des Marktzutritts und -austritts	16
1.4. Privatisierung und Unternehmensregulierung	18
1.4.1. Privatisierung.....	18
1.4.2. Unternehmenskontrolle und Regulierung.....	19
1.5. Finanzsektor	21
1.6. Konsens in der Wirtschaftspolitik	24
1.7. Humankapital, Investitionen und Infrastruktur	25
1.7.1. Human- und Sachkapital	25
1.7.2. Infrastruktur	28
1.8. Außenhandel	30
1.8.1. Exportstruktur und Wettbewerbsfähigkeit der Exporte.....	30
1.8.2. Intra-Balkan Handel.....	33
1.8.3. Ausländische Direktinvestitionen.....	35
1.8.4. Produktivitätsindikatoren	36
1.9. Wettbewerbspolitik	38
1.10. Kleine und mittlere Unternehmen	39
2. Ergänzungen zu den Kopenhagener Kriterien	43
2.1. Korruption, Rechtssicherheit und Governance	43
2.2. Armut und soziale Kohäsion	48
2.2.1. Wirtschaftliches Entwicklungsniveau: Einkommens- und Armutindikatoren	50
2.2.2. Soziale Ausgrenzung und ethnische Probleme.....	53
2.2.3. Zusammenfassende Bewertung	56
3. Synopse und Überblick über die Beitrittsfähigkeit.....	58
3.1. Aggregierte Bewertungen verschiedener Institutionen	58
3.2. Synopse der Einzelkriterien	59
3.2.1. Makroökonomische Stabilität.....	61
3.2.2. Preis- und Außenhandelsliberalisierung	61
3.2.3. Fehlen größerer Marktzutritts- und -austrittsschranken.....	62

3.2.4.	Privatisierung und Unternehmensregulierung	62
3.2.5.	Finanzsektor	63
3.2.6.	Konsens über Wirtschaftspolitik	63
3.2.7.	Humankapital, Investitionen und Infrastruktur	63
3.2.8.	Integration in den Handel mit EU	64
3.2.9.	Wettbewerbspolitik.....	64
3.2.10.	Anteil KMU	65
3.2.11.	Korruption, Rechtssicherheit und Governance	67
3.2.12.	Armut und soziale Kohäsion	68
4.	Strategien und Entwicklungsperspektiven	69
4.1.	Wirtschaftsentwicklung in den neunziger Jahren	69
4.2.	Entwicklungs- und Transformationsstrategien	71
4.2.1.	Außenhandelsstrategien.....	73
4.2.2.	Investitionspolitik	76
4.2.3.	Der Aufbau von marktwirtschaftlichen Institutionen	77
4.3.	Unterstützung des Annäherungsprozesses.....	80
4.3.1.	Internationale Hilfen.....	80
4.3.2.	Politikempfehlungen	83
	Literaturverzeichnis	86
	Appendix A: Spezifika der Wirtschaftsentwicklung in einzelnen Ländern.....	89
	Appendix B: Kurzbeschreibung der verwendeten Indikatoren	97

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Internationale Unterstützung der Balkan-5 2001-2002	6
Tabelle 2:	Gesamtwirtschaftliche Indikatoren 2001-2002	7
Tabelle 3:	SOE7: Öffentliche Haushalte 2002.....	8
Tabelle 4:	Außenwirtschaftliche Indikatoren 2001-2002	9
Tabelle 5:	IWF: Bewertung der makroökonomischen Stabilität	12
Tabelle 6:	EU-Kommission: Bewertung der makroökonomischen Stabilität	13
Tabelle 7:	Indikatoren der Handelsliberalisierung	15
Tabelle 8:	Bedingungen des Markteintritts	16
Tabelle 9:	Bedingungen des Marktaustritts	17
Tabelle 10:	Privatisierungsindikatoren.....	19
Tabelle 11:	Wettbewerbsindikatoren	20
Tabelle 12:	IWF: Bewertungen zu Governance, Marktaustritt und Privatisierung.....	20
Tabelle 13:	Indikatoren zum Finanzsystem 2002	21

Tabelle 14: Länderratings.....	22
Tabelle 15: EU-Kommission: Konsens in der Wirtschaftspolitik	24
Tabelle 16: SOE7: Bruttokapitalbildung und Ausländische Direktinvestitionen 1990-2000	26
Tabelle 17: Beschäftigung nach Bildungsniveaus 2000.....	27
Tabelle 18: SOE7: Infrastruktur und Fortschritte bei Reformen im Bereich Infrastruktur 2002	28
Tabelle 19: Infrastruktur: Bewertung durch die EU-Kommission	29
Tabelle 20: Indikatoren der Exportstruktur	32
Tabelle 21: Exporte der Balkanländer in die EU.....	33
Tabelle 22: Anteile und Saldo im Intra-Balkan-Handel 2001	34
Tabelle 23: ADI in den Balkanländern	35
Tabelle 24: Lohnstückkosten, Reallöhne und Arbeitsproduktivität in der Industrie	37
Tabelle 25: Staatliche Einflussnahme und Wettbewerbspolitik.....	39
Tabelle 26: Indikatoren zu KMU 2000	40
Tabelle 27: Korruptionsindex Transparency International.....	44
Tabelle 28: Kontrolle der Korruption.....	45
Tabelle 29: Governance Indikatoren	48
Tabelle 30: Wirtschaftsindikatoren SOE7	50
Tabelle 31: Soziale Indikatoren für Osteuropa	52
Tabelle 32: Armutsraten in Osteuropa	53
Tabelle 33: Ethnische Gruppen in den SOE7.....	54
Tabelle 34: Balkanstaaten: Vertriebene und Flüchtlinge Ende 2000.....	54
Tabelle 35: EU-Kommission: Minderheitenrechte und Flüchtlinge.....	55
Tabelle 36 : SOE7: Bewertungen der Reformfolge 2003.....	58
Tabelle 37: Übersicht der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien und Gesamtbewertung .	60
Tabelle 38: Wirtschaftsentwicklung 1989-2002.....	70
Tabelle 39: Konvergenz des BIP pro Kopf	72
Tabelle 40: Indikatoren zur Entwicklung der Sozialen Kohäsion.....	73
Tabelle 41: EU-Unterstützung für den Westbalkan 2002-2004.....	81
Tabelle 42: Schwerpunkte der CARDS-Programme 2002-2004.....	82
Tabelle A1: Albanien: Wirtschaftsindikatoren 1991-2000	89
Tabelle A2 Reales BIP-Wachstum 1990-2003 in % gegenüber Vorjahr	96
Box 1: Sozialkapital.....	49
Box 2: Schwachstelle des rumänischen Reformfortschritts: Fehlende Zahlungsdisziplin im Energiesektor.....	66

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Ausländische Direktinvestitionen 2001	10
Abbildung 2:	Reformstand nach Reformbereichen und Ländergruppen	14
Abbildung 3:	Entwicklung der Länderratings	23
Abbildung 4:	Wechselkursbereinigte Lohnstückkosten in ausgewählten SOE7 1996-2001	38
Abbildung 5:	Einfluss von politischer Kumpanei	46
Abbildung 6:	Schattenwirtschaft 2000/2001	47
Abbildung 7:	BIP pro Kopf in Osteuropa 2000	51
Abbildung 8:	Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen in Osteuropa 1990-2000	52
Abbildung 9:	Reales Wachstum des BIP in MOE8 und SOE7 1989-2002	69
Abbildung 10:	Wachstum des realen BIP 2001	71
Abbildung 11:	CARDS-Hilfe 2000-2004	82

Abkürzungen:

SOE-7:

ALB Albanien	YUG Serbien u. Montenegro
BiH Bosnien-Herzegowina	HRV Kroatien
MKD Mazedonien	BGR Bulgarien
ROM Rumänien	
PL Polen	GR Griechenland

Balkan-4: ALB+ BiH+MKD+YUG

Balkan-5: Balkan-4+HRV

Die in der Arbeit verwendeten Indices benutzen unterschiedlich auf- oder absteigende Ziffernfolgen, um eine günstigere Situation, z.B. mehr wirtschaftliche Freiheit, weniger Korruption etc, zu kennzeichnen. Mit ↑ bezeichnen wir Indices, bei denen höhere Werte eine günstigere Situation bezeichnen. Mit ↓ bezeichnen wir Indices, bei denen niedrigere Werte eine günstigere Situation bezeichnen.

Kurzfassung

Nach der in Kopenhagen beschlossenen EU-Erweiterung zum 1. Mai 2004 stellt sich die Frage, wie sich die Beziehungen zu den westlichen Balkanstaaten (Balkan-5: Albanien, Bosnien und Herzegowina (BiH), Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Serbien und Montenegro) und zu den südosteuropäischen Staaten insgesamt (SOE7: die Balkan-5 plus Bulgarien und Rumänien) gestalten werden, insbesondere nachdem Kroatien bereits einen Aufnahmeantrag gestellt hat, dem möglicherweise weitere Länder (z.B. Mazedonien) folgen werden. Im Unterschied zum relativ kontinuierlichen Übergang der zehn Beitrittsländer zur Marktwirtschaft, der per saldo von Wirtschaftswachstum begleitet war, ist die hier behandelte Region von Konflikten, Stagnation und Instabilität geprägt.

Die Studie untersucht Ausgangslage und Perspektiven eines Beitritts der SOE7 zur EU an Hand der Kopenhagener Kriterien „Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft“. Die Untersuchung operationalisiert diese beiden Kriterien mittels einer Reihe von Einzelindikatoren, die in ihrer Gesamtheit eine Einschätzung der Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit ermöglichen. Zwei weitere Kriterien, nämlich Governance und soziale Kohäsion, die nicht unter die Kopenhagener Wirtschaftskriterien fallen, werden in der Studie zusätzlich zur Bewertung herangezogen.

Die Beitrittsfähigkeit auf Grundlage der Kopenhagener Kriterien

Hinsichtlich der Kopenhagener Kriterien erfüllt per Saldo Kroatien vor Bulgarien, gefolgt von Rumänien, die Kriterien am besten (siehe Tabelle am Ende der Kurzfassung). Wenn die im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) eingeleitete Harmonisierung der kroatischen Gesetzgebung mit dem gemeinschaftlichen Besitzstand weiter vorangetrieben wird, kann auch Kroatien als funktionierende Marktwirtschaft betrachtet werden. Kroatien dürfte auch bei dem Kriterium der Wettbewerbsfähigkeit führen, was sich sowohl an der Außenhandelsstruktur als auch verschiedenen internationalen Kriterien zeigt. Rumänien liegt hinter Bulgarien zurück, da neben Problemen mit der Zah-

Kroatien und Bulgarien, gefolgt von Rumänien, können bis 2007 die Beitrittsfähigkeit erreichen.

lungsdisziplin die Modernisierung des Kapitalstocks und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit nur langsam voran gehen. Mit Abstand hinter Rumänien folgt Mazedonien mit der höchsten makroökonomischen Stabilität der Balkan-4 (Balkan-5 ohne Kroatien). Albanien und Serbien-Montenegro liegen etwa gleichauf, wobei allerdings die Schwachstellen unterschiedlich sind. Serbien-Montenegro dürfte die bessere Wettbewerbsfähigkeit besitzen, weist aber u.a. wegen der ungeklärten staatlichen Verfasstheit noch große Mängel bei der Privatisierung und Unternehmensregulierung auf. In Bosnien und Herzegowina tritt diese Problematik noch verstärkt auf. Es ist daher kaum möglich, die Reformbereitschaft dieses Gebietes einzuschätzen.

Ungeachtet der Länderspezifika sind als Problembereiche für einen Beitritt herauszuheben:

- Mängel in der makroökonomischen Stabilität, die sich in hohen doppelten Defiziten (Budget und Leistungsbilanz) und einer vergleichsweise hohen Verschuldung niederschlagen. Angesichts der niedrigen Einkommen ist eine Stabilisierung durch eine restriktive Fiskalpolitik mit erheblichen sozialen Problemen verbunden.
- Viele der Länder exportieren zum großen Teil nur einfache arbeitsintensive Waren (Kleidung, Schuhe), ohne in die anspruchsvolleren Produktionsprozesse der europäischen Industrie als Vorlieferant eingefügt zu sein. Ohne eine solche Integration in die europäische Arbeitsteilung sind nur geringe Wachstumsimpulse vom Außenhandel zu erwarten.
- Der Wettbewerb ist auf vielfältige Weise gestört und verzerrt. Subventionen, Präferenzregeln oder ungleiche Ausgangsbedingungen (Schattenwirtschaft) führen zu Wettbewerbsverzerrungen, welche noch durch Korruption und Günstlingswirtschaft verstärkt werden.

Ergänzende Kriterien und Modifikationen

Die Studie greift einen bemerkenswerten Wandel der internationalen Einschätzung von Minimalanforderungen für eine prosperierende Wirtschaftsentwicklung auf. In den letzten zehn Jahren sind Faktoren wie Rechtssicherheit, Governance, der Aufbau von Institutionen und die Berücksichtigung sozialer Fragen gegenüber Stabilität und Liberalisierung in den Vordergrund getreten. Im Vergleich zu den EU-Beitrittsländern, die ein mittleres Pro-Kopf-Einkommen

Großer Abstand zu Mazedonien, Albanien, Serbien u. Montenegro sowie BiH

Problembereiche: Makro-stabilität, Integration in die europäische Arbeitsteilung und vielfältige Wettbewerbsverzerrungen

Governance, Aufbau von Institutionen und soziale Kohäsion beeinflussen die Beitrittsfähigkeit...

aufweisen, werden diese Fragen bei den Niedrig-Einkommens-Ländern des Balkan noch relevanter und wirken sich auf die Bewertung fast aller Kopenhagener-Kriterien aus.

Unzureichende *Governance* oder *Korruption* können zu großen Unterschieden zwischen formaler und faktischer Erfüllung der Kriterien führen. Dies ist beim Kriterium Außenhandelsliberalisierung offensichtlich. Hohe Korruption, wie sie zumindest für die Balkan-4 konstatiert wird, ist unvereinbar mit dem Prinzip der gleichen Wettbewerbsbedingungen, welches für einen gemeinsamen Binnenmarkt unabdingbar ist. Eine enge Verbindung von Politik und Wirtschaftsinteressen, die weit über Lobbyismus hinausgeht, führt zu Ansätzen des *state capture*, bei denen die Wirtschaftspolitik für persönliche Ziele instrumentalisiert wird.

Gravierende *Armutprobleme* bei hoher Arbeitslosigkeit und mangelnde *soziale Kohäsion* erschweren einen schnellen Konvergenzprozess und können auch zu Hindernissen einer marktwirtschaftlichen Reformpolitik werden. Obwohl das Entwicklungsniveau selbst kein EU-Beitrittskriterium ist, ist doch der sehr deutliche Abstand der Pro-Kopf-Einkommen zur EU eng verbunden mit Mängeln des marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmens in den einzelnen Balkanländern.

Die Beurteilung der Beitrittsfähigkeit der SOE-7 wird negativ beeinflusst, wenn man die zusätzlichen Kriterien einbezieht. Hinsichtlich Korruption und Governance liegen die Länder unter dem Niveau der Beitrittsländer, wobei Kroatien relativ am besten abschneidet. In Bulgarien und Rumänien dürfte die Entwicklungsproblematik (z.B. niedriges Pro-Kopf-BIP, Armut) noch stärker als in Kroatien sein. Die ergänzenden Kriterien ändern nicht die Reihenfolge, welche sich auf Grundlage der Kopenhagener Kriterien ergibt, doch sind alle Länder unter Einbeziehung der administrativen Praxis deutlich weiter von der Erfüllung der Kriterien entfernt, als die formalen Regelungen es erscheinen lassen. Gleichzeitig vergrößern sich die Abstände der Länder untereinander deutlich. Rumänien verliert wegen hoher Korruption gegenüber Bulgarien und Kroatien. Umgehungen der geschriebenen Regelungen sind in den Balkan-4 besonders ausgeprägt, wirken sich aber auch negativ auf die relative Bewertung Rumäniens aus.

... und können zu großen Unterschieden zwischen formaler und faktischer Erfüllung der Kriterien führen.

Hohe Korruption ist unvereinbar mit dem Prinzip der gleichen Wettbewerbsbedingungen auf dem Binnenmarkt.

Die Einbeziehung der ergänzenden Kriterien Governance und soziale Kohäsion stärkt Zweifel an der Beitrittsfähigkeit ...

... ändert jedoch nicht das Ranking der einzelnen Länder.

Strategien und Reformwille

Die unzureichende Beitrittsfähigkeit der meisten Balkanländer zum derzeitigen Zeitpunkt ist wenig verwunderlich. Konzentriert man sich auf die Qualität der Institutionen und Regeln als Voraussetzung für eine funktionsfähige Marktwirtschaft, so zeigt sich, dass eine „angemessene“ Qualität im internationalen Durchschnitt mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 10000 \$ einhergeht. Ohne eine Kausalrichtung zu unterstellen, würde dies bedeuten, dass man, auf Basis der internationalen Erfahrungen, erst in ein bis zwei Dekaden in den Balkan-4 ein ausreichendes Niveau von Governance, Rechtssicherheit und Korruptionsfreiheit erwarten kann. Natürlich kann eine solche statistische Durchschnittsbetrachtung nur einen sehr groben Anhaltspunkt geben. Angesichts andauernder Probleme mit der staatlichen Verfasstheit, mit ethnischen Konflikten und des Beharrungsvermögens einmal etablierter Verhaltensweisen, wie der Korruption, sind die Ausgangsbedingungen der Balkan-4 Länder aber nicht sehr günstig.

Zentraler Strategieansatz der EU ist die Entwicklung über den Außenhandel (export-geführtes Wachstum). In aller Regel muss dies bedeuten, dass die Balkanländer sich in starkem Maße an der vertikalen internationalen Arbeitsteilung beteiligen. Eine Ausweitung der Exporte wird nur durch Weiterverarbeitung von importierten Teilen und Komponenten zu erreichen sein. Die EU hat ihre Märkte für diese Produkte und kürzlich auch für landwirtschaftliche Waren weit geöffnet, so dass die Handelsvoraussetzungen gegeben sind, auch wenn restriktive Ursprungsregeln noch Hindernisse darstellen. Trotzdem sind, wie schon erwähnt, die Erfolge vor allem der Balkan-4 bei der Integration in die europäische Arbeitsteilung noch recht gering.

Eine aufholende Wirtschaftsentwicklung kann nur in begrenztem Maße durch ausländische Fördermittel und Konditionalitäten erreicht werden. Der politische Wille der einzelnen Regierungen zum Reformprozess ist von außen nicht zu ersetzen. Es wird in Zukunft wesentlich darauf ankommen, einen Mix von staatlicher Regelung und privater Marktdisziplin zu etablieren, der die sozialen Kosten niedrig hält. Die Reduzierung der staatlichen Aufgaben begrenzt auch die Ansatzpunkte für Korruption und Cronism (Kumpanei von Staat und Wirtschaft). Jedoch ist nicht klar, wie weit angesichts der Armutproblematik, ein Rückzug des Staates möglich ist. Auch eine unzureichende Regulierung kann, wie die Erfahrungen mit den Pyramidenschemata in Albanien oder der Voucherprivatisierung in Tschechien und Russland zeigen, ebenfalls hohe Kosten verursachen.

Ausreichende Qualität der Institutionen und Regeln ist in den Balkan-4 erst in 10 bis 20 Jahren zu erwarten

Marktöffnung der EU unterstützt exportgeführtes Wachstum.

Separierung von Wirtschafts- und politischen Interessen setzt Reformwillen der Beteiligten voraus.

Politikoptionen zwischen EU-Annäherung und Entwicklungsstrategie

Vor dem Hintergrund der Probleme bei der Durchsetzung von Rechtssicherheit und Governance sollte in den Balkan-4 die externe Unterstützung zum derzeitigen Zeitpunkt weniger auf die vollständige Übernahme EU-kompatibler Gesetze und Verwaltungsnormen als vielmehr auf die Umsetzung relativ einfacher Regelungen, die die vorhandenen Verwaltungskapazitäten nicht überfordern, fokussiert werden. Die Implementierung bestehender Regelungen sollte gegenüber der Verfeinerung der Gesetzesbasis stärker in den Vordergrund gerückt werden.

Der wichtigste Ansatz zur Förderung des Finanzsystems und der Finanzierungsbedingungen ist die Reduzierung des Kreditrisikos durch Transparenz der Wirtschaftsprozesse und betrieblichen Rechnungslegung sowie die Gewährleistung der Vertragsdurchsetzung (Zahlungsdisziplin). Ansatzpunkt für die Ausweitung des Finanzierungsangebots ist also die Risikoreduzierung bei der Klientelbasis der Banken, i.e. den Unternehmen.

Die Unternehmen müssen angesichts hoher Selbstfinanzierung von Steuern entlastet werden. Trotz der schwierigen Sozialproblematik muss sich das Budget also vorrangig aus indirekten Steuern speisen, was die Konsumenten stärker belastet. Eine bessere Zielorientierung der Sozialsysteme kann zur Budgetentlastung genutzt werden.

In armen Wirtschaften mit hoher Arbeitslosigkeit kann hinterfragt werden, ob eine auf (kleine) Firmengrößen ausgerichtete Subventionierung sinnvoll ist. Die in Industrieländern auf dynamische und innovative KMU abgestellte Förderung mag in den Balkanländern ins Leere laufen, da die Motive und Möglichkeiten für KMU-Gründungen sich grundlegend von denen in Industrieländern unterscheiden können. Voraussetzung einer zielorientierten Förderpolitik ist auch die Verbesserung der unzureichenden Datenbasis.

Dies verdeutlicht, dass entwicklungspolitische Erfordernissen nicht immer gleichbedeutend mit einer schnellen Übernahme von EU-konformen Regeln und Politikansätzen sind. Ungeachtet der Spezifika eines jeden Landes müssen mögliche Konflikte zwischen entwicklungspolitischen Zielen und einer schnellen Übernahme der EU-Praxis bedacht werden.

Umsetzung bestehender Regelungen statt Verfeinerung der Gesetzesgrundlage

Verbesserung der Finanzierung muss bei der Klientelbasis des Kreditgewerbes ansetzen

Steuerliche Entlastung der Unternehmen

Neuorientierung der KMU Förderung?

OEI Ranking: Erfüllung der Kopenhagener Kriterien und Gesamtbewertung

	Albanien	BiH	Mazedonien	Serbien u. Montenegro	Kroatien	Bulgarien	Rumänien
OEI ¹	6	7	4	5	1	2	3
Kopenhagener Kriterien							
1	nicht erfüllt; doppeltes Defizit von Haushalt und Leistungsbilanz; zukünftig: sinkende Finanzhilfen	nicht erfüllt; doppeltes Defizit von Haushalt und Leistungsbilanz; zukünftig: sinkende Finanzhilfen; hohe Verschuldung	nicht erfüllt; doppeltes Defizit von Haushalt und Leistungsbilanz; zukünftig: sinkende Finanzhilfen	nicht erfüllt; doppeltes Defizit von Haushalt und Leistungsbilanz; zukünftig: sinkende Finanzhilfen	erfüllt; hohes Haushaltsdefizit; hohe Staatsquote; bestes intern. Kreditranking	erfüllt; hohe öffentl. Verschuldung	erfüllt, Fortschritte bei der Konsolidierung; Intern. Kreditranking deutlich niedriger als HRV + BG; Inflation > 20%
2 ²	erfüllt;	erfüllt;	erfüllt;	erfüllt;	erfüllt;	erfüllt;	erfüllt;
3	nicht erfüllt; gravierende Mängel bei Marktein- und austritt	nicht erfüllt; hohe Markteintrittskosten, hohes Mindestkapital;	nicht erfüllt; lückenhafter, wenig rationaler Rechtsrahmen	nicht erfüllt; lange Gründungsdauer, hohes Gründungskapital; prohibitiv lange Konkursverfahren	nicht erfüllt; lange Konkursverfahren	noch nicht zufriedenstellend erfüllt;	noch nicht zufriedenstellend erfüllt;
4	nicht erfüllt; Privatisierung relativ fortgeschritten, schwache Unternehmenskontrolle	nicht erfüllt; geringe Fortschritte bei Privatisierung und Verbesserung der Unternehmenskontrolle	nicht erfüllt; Privatisierung relativ fortgeschritten, Fortschritte bei der Liquidation von Verlustbetrieben, schwache Unternehmenskontrolle	nicht erfüllt; geringe Fortschritte bei Privatisierung und Verbesserung der Unternehmenskontrolle	noch nicht erfüllt; schleppende Privatisierung der Großbetriebe und unzureichende Unternehmenskontrolle	noch nicht erfüllt; Privatisierung schreitet langsamer als erwartet voran	noch nicht erfüllt; Privatisierung zwar beschleunigt, aber noch nicht abgeschlossen (insbesondere im Energiesektor)
5	nicht erfüllt; geringe Kredite; Schattenwirtschaft und Geldwäsche	nicht erfüllt; geringe Kreditvergabe an Privatsektor, weitere Konsolidierung erforderlich	noch nicht erfüllt; geringe Darlehens-tätigkeit, hohe Differenz zwischen Kredit- und Einlagenzinsen	nicht erfüllt; geringe Kreditvergabe, hoher Anteil staatlicher Banken	erfüllt; schwach entwickelte Kapitalmärkte	noch nicht erfüllt; schwach entwickelte Kapitalmärkte	noch nicht erfüllt; geringe Kreditvergabe an Privatsektor, schwach entwickelte Kapitalmärkte
6	nicht erfüllt;	nicht erfüllt;	nicht erfüllt;	nicht erfüllt;	erfüllt;	erfüllt;	erfüllt;
7	nicht erfüllt; niedrige Kapitalbildung, geringe Fortschritte bei Infrastrukturreformen	nicht erfüllt; Kapitalbildung durch ausländ. Hilfen;	nicht erfüllt; niedrige Kapitalbildung, geringe Fortschritte bei Infrastrukturreformen	nicht erfüllt; niedrige Kapitalbildung, geringe Fortschritte bei Infrastrukturreformen	noch nicht erfüllt; relativ hohe Kapitalbildung, höchste ADI pro Kopf; Fortschritte bei Infrastrukturreformen	noch nicht erfüllt; geringe Kapitalbildung, Fortschritte bei Infrastrukturreformen	noch nicht erfüllt; geringe Kapitalbildung, Fortschritte bei Infrastrukturreformen
8	nicht erfüllt; zwar Öffnung zur EU, aber geringe Wettbewerbsfähigkeit	nicht erfüllt; geringe Verflechtung mit EU, ungünstige Exportstruktur	nicht erfüllt; geringe Verflechtung mit EU, ungünstige Exportstruktur	nicht erfüllt; geringe Verflechtung mit EU, geringe Wettbewerbsfähigkeit	noch nicht erfüllt; geringe Verflechtung mit EU, aber rel. qualifizierte Exportstruktur	noch nicht erfüllt; geringe Verflechtung mit EU, rel. wettbewerbsfähige Exporte	noch nicht erfüllt; hohe Verflechtung mit EU, rel. wettbewerbsfähige Exporte
9	nicht erfüllt;	nicht erfüllt;	nicht erfüllt;	nicht erfüllt;	noch nicht erfüllt;	noch nicht erfüllt;	noch nicht erfüllt;
10 ³	erfüllt;	erfüllt; kaum Informationen vorhanden	erfüllt;	erfüllt;	erfüllt;	erfüllt;	erfüllt;
Ergänzende Kriterien							
11	nicht erfüllt; hohe Korruption	nicht erfüllt; hohe Korruption	nicht erfüllt; hohe Korruption	nicht erfüllt; hohe Korruption	nicht erfüllt;	nicht erfüllt;	nicht erfüllt; hohe Korruption
12	nicht erfüllt;	nicht erfüllt; sehr hohe Arbeitslosigkeit	nicht erfüllt; sehr hohe Arbeitslosigkeit	nicht erfüllt; sehr hohe Arbeitslosigkeit	noch nicht erfüllt; hohe Arbeitslosigkeit	noch nicht erfüllt;	noch nicht erfüllt;

¹ Relativer Rang der Länder in bezug auf Beitrittsfähigkeit; ² formal erfüllt; bei Einbeziehung indirekter Handelshemmnisse ergibt sich für die Balkan5 mit Ausnahme von Kroatien keine Erfüllung des Kriteriums; ³ formal erfüllt, wenn man auf den KMU-Anteil an der Gesamtwirtschaft abstellt; aber vielfältige administrative, legislative Hindernisse und Finanzierungsprobleme.

Beurteilungskriterien:

Verwendet werden die Kriterien: nicht erfüllt (auf absehbare Zeit nicht erfüllt), noch nicht erfüllt (das Kriterium wird voraussichtlich mittelfristig bis 2007 erfüllt sein), erfüllt (Kriterium erfüllt vergleichbar mit den Beitrittsländern).

Indikatoren (erste Spalte):

- | | |
|---|--|
| 1. Makroökonomische Stabilität | 7. Humankapital, Investitionen und Infrastruktur |
| 2. Liberalisierung von Preisen und Handel | 8. Integration in den Handel mit der EU |
| 3. Marktzutritts- und -austrittsschranken | 9. Wettbewerbspolitik |
| 4. Privatisierung und Unternehmensregulierung | 10. Kleine und mittlere Unternehmen |
| 5. Finanzsektor | 11. Governance, Korruption und Rechtssicherheit |
| 6. Konsens in der Wirtschaftspolitik | 12. Armut und soziale Kohäsion |